

SO sehen wir es

Herausgeberin: SP Wädenswil, Postfach 552, 8820 Wädenswil
Nummer 3/95, September 1995 / Erscheint 4 x jährlich, Auflage 6'300 Ex.
Preis: Normal-Abo Fr. 12.-- / Unterstützungs-Abo Fr. 25.--
PC-Kto. 80-43003-3, SO sehen wir es, SP Wädenswil
Druck: Arbeitszentrum am See, Glessen, Wädenswil

SP

Initiative zur Trennung von Kirche und Staat

Drei Gründe gegen die Privatisierung der Kirchen

Eine Trennung von Kirche und Staat macht aus linker Sicht durchaus Sinn. Trotzdem ist Kantonsrat Willy Spieler gegen die am 24. September zur Abstimmung gelangende Trennunginitiative.



Die Initiative "Trennung von Staat und Kirche" holt zu einem Kahl-schlag aus, der weiter geht als in den "Trennungskantonen" Genf und Neuenburg, in denen die Kirchen immer noch als Institutionen des öffentlichen Interesses gelten und vom Staat unterstützt werden. Ich bin zwar ein überzeugter Vertreter des laizistischen, d.h. des religiös und weltanschaulich neutralen Staates und habe selber einen (einstweilen erfolglosen) Gegenvorschlag zur Initiative ausgearbeitet, der die Gleichberechtigung aller Konfessionen, Religionen und Weltanschauungen respektieren wollte. Die Kirchensteuer wäre von einer Mandatssteuer abgelöst worden, welche die Steuerpflichtigen wahlweise ihrer Kirche oder einem anerkannten Hilfswerk hätten gutschreiben können. Aber jetzt geht es nicht um solche Alternativen, sondern um eine Initiative, die ich nicht nur aus "christlichen", sondern auch aus "linken" Gründen ablehnen muss.

1. Privatisierung der Kirchen bedeutet Sozialabbau

Würde die Initiative angenommen, so müssten die meisten der 600 kirchlichen Vollzeitstellen im sozialen Bereich abgebaut werden. Gefährdet wären zahlreiche Einrichtungen, die heute mit kirchlichen Steuergeldern arbeiten: Paar- und Familienberatungsstellen, Institutionen für Jugend-

liche, Betagte und Behinderte, Spital-, Aids- und Gefängnis-seelsorge, Projekte für Arbeitslose, Wohnprojekte für Straftat-lasene, Beratungsstellen für Asyl-suchende, Auffangstationen und Notschlafstellen für drogenkranke Menschen sowie Tagungszentren und weitere Lernorte für die Einübung von Solidarität und Toleranz.

In einer Gesellschaft, die an immer mehr sozialen Defiziten leidet, ist diese Arbeit der Kirchen unverzichtbar. Ihnen gerade jetzt die finanziellen Mittel zu beschneiden, ist selbst schon *Ausdruck sozialer Kälte*. Darunter leiden würden die Menschen, die in Lebenskrisen und Notlagen auf eine Kirche angewiesen sind, die sie begleitet und unterstützt. Aber darum futiert sich das rechtsbürgerliche Initiativkomitee. Ideologie geht vor Menschlichkeit, Privatisierung vor Solidarität.

2. Privatisierung richtet sich gegen eine politische Kirche

Das Initiativkomitee sieht in der kirchlich praktizierten *Sozialethik* eine "Vernachlässigung der ursprünglichen Aufgabe" und eine "verhängnisvolle Veräusserlichung der Landeskirchen". Es will vor allem die kritischen Stimmen der kirchlichen Hilfswerke, Publikationsorgane, Tagungs- und Studienzentren zum Verstummen bringen. Was als liberales Volksbe-

PRIVATISIERUNG DER KIRCHEN?



Unsere heutige "Predigt wird von Ciba/Geigy gesponsort. Taufwasser: Perrier. Kollekte zugunsten von Ems-Chemie."

gehen angepriesen wird, ist der nur schlecht getarnte Maulkorb für eine politisch missliebige Kirche, die über den Geldhahn diszipliniert werden soll.

Die Initiative erweist sich als *Strafaktion* gegen eine Kirche, die ihre Gute Nachricht vom Reich Gottes als Ermutigung versteht, für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung einzutreten. Diese Sozialethik, der sich die anerkannten Kirchen verpflichtet wissen, ist in der Tat unvereinbar mit einem Neoliberalismus, der alles Heil von der "freien Marktwirtschaft" erwartet.

3. Privatisierung bedeutet Rückkehr zu autoritären Strukturen

Die Trennung hätte für die Kirchen zur Folge, dass sie ins Privatrecht

(Fortsetzung Seite 2)

Eine SP-Nationalrätin vom Zürichsee?

Die Chancen stehen gut, dass der Bezirk Horgen künftig durch eine Sozialdemokratin oder einen Sozialdemokraten im Nationalrat vertreten sein wird. Diese Erwartung wird genährt durch die Erfolge bei den Kantonsratswahlen 1991 und 1995, bei denen die SP ihren Stimmenanteil konstant steigern und einen zusätzlichen Sitz erringen konnte. Für die Zürcher Seegemeinden steigt Kantonsrätin Julia Gerber Rüegg ins Rennen.



Julia Gerber Rüegg wurde 1957 in Uerikon geboren und lebt seit 1985 in Wädenswil. Die Lehrerin und Mutter zweier Söhne hat sich vor allem in Raumplanungs- und Verkehrsfragen einen Namen als engagierte Politikerin gemacht. Ihr Einsatz für die sozial Schwächeren und ihre Entschlossenheit, die verfassungsmässig garantierte Gleichberechtigung der Geschlechter im Alltagsleben auch tatsächlich zu erreichen, bleiben dabei immer die Basis ihrer Schaffenskraft. Julia Gerber Rüegg ist eine offene und gesprächsbereite Persönlichkeit, die komplexe Probleme vorurteilslos und ganzheitlich angeht. So hat man sie seit 1987 im Wädenswiler Gemeinderat und als Vorstandsmitglied oder Präsidentin der SP-Bezirkspartei kennengelernt. Als Präsidentin der Raumplanungskommission der Stadt Wädenswil bewies sie Führungsstärke und führte zwei Totalrevisionen der Bau- und Zonenordnung durch. Dem Kantonsrat gehört Julia Gerber Rüegg seit 1994 an, und sie erzielte bei ihrer Wiederwahl 1995 ein äusserst gutes Resultat. Als Mitglied der kantonsrätlichen Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist sie Referentin für die Erziehungsdirektion und setzt sich intensiv mit der laufenden Verwaltungsreform auseinander. Diese Aufgabe empfindet sie als persönliche Herausforderung und als ein dringliches Erfordernis unseres Staates. Tiefgreifende Reformen stehen auch auf nationaler Ebene an. Julia Gerber Rüegg kann dabei als Nationalrätin eine wichtige Funktion übernehmen.

SO, September 1995

Petra Pacelli-Honegger in die Oberstufenschulpflege Wädenswil

Einer der beiden SP-Vertreter in der Oberstufenschulpflege, Dr. Ernst Jakob, hat eine neue Stelle im Kanton Bern angetreten. Der Stellenwechsel brachte einen Umzug mit sich, weshalb er aus der Oberstufenschulpflege zurückgetreten ist.

Die Interparteiliche Konferenz schlägt für die Ersatzwahl die SP-Vertreterin Petra Pacelli-Honegger vor.

Sie wurde 1961 geboren und ist Mutter von drei Kindern (9, 8, 3 Jahre). Nach einer dreijährigen Lehre als Psychiatrisschwester hat sie ihren Beruf bis 1992 ausgeübt



Petra Pacelli-Honegger trat 1992 in den Gemeinderat ein, wo sie die SP-Fraktion präsidiert. Zudem arbeitet sie im SP-Vorstand mit. Bei einer Wahl in die Oberstufenschulpflege würde sie aus dem Gemeinderat zurücktreten. Dialog- und Konsensfähigkeit, aber auch Durchsetzungsvermögen sind Merkmale von Petra Pacelli-Honegger. Als Mitglied der Oberstufenschulpflege kämen ihr diese Fähigkeiten sehr zugute. Auf die Frage, wie sie sich ihre neue Tätigkeit in der Behörde vorstellt, meint sie: "Mir ist sehr wichtig, dass in der Schule die Bedürfnisse der Jugendlichen ernst genommen werden. Auch würde ich bei meinen zukünftigen Schulbesuchen vor allem auf das Klima im Klassenzimmer achten, auf die Beziehung zwischen LehrerIn und SchülerInnen. Es liegt mir viel daran, bei auftauchenden Schwierigkeiten mit der Lehrkraft gemeinsam einen Weg zu suchen".

1:1 SP und FDP im Streitgespräch:

"Wieviel Staat wollen und können wir uns leisten?"

Ein Streitgespräch über nötige und unnötige Staatsaufgaben, Milliardendefizite, Lenkungsabgaben, Steuergeschenke, Steuerschrauben und Schmerzgrenzen....

Mit den Ständeratskandidatinnen Anita Thanei (SP)

und Vreni Spoerry (FDP) - Dienstag, 3. Oktober, 19.05 Uhr ab Horgen: Rundfahrt und Apéro mit MS Limmat

Liebe Leserin, lieber Leser

Wie alles kostet auch die Herstellung des "SO sehen wir es". Dieses wird in Wädenswil an über 6'000 Haushaltungen verteilt und soll Ihnen die Sichtweise der SP Wädenswil näherbringen. Um dies weiterhin zu gewährleisten, sind wir dringend auf Abonnemente und Spenden angewiesen. Wir würden uns sehr freuen, auch von Ihnen einen Beitrag zu erhalten. Ein Einzahlungsschein liegt bei. Vielen Dank!



Sozialdemokratische Partei Wädenswil

Volksabstimmung vom 24. Sept. 1995

Kanton Zürich:

Volksinitiative "Trennung von Staat und Kirche"	NEIN
Aenderung des Verkehrsabgabengesetzes	NEIN
Erweiterung des interkant. Technikums Rapperswil	JA
Archivgesetz	JA
Gesetz betr. Prozessrecht und Rechtspflege	JA
Gesetz betr. Vorschlagsrecht des Volkes/Kantonsratsgesetz	JA

Stadt Wädenswil:

Ersatzwahl Oberstufenschulpflege:
Petra Pacelli-Honegger